

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen**Erste-Hilfe-Ausbildung in Schulen des Landes Bremen**

Die Beschäftigung mit medizinischer Erstversorgung in Form von Erste-Hilfe-Kursen unter Vermittlung durch professionelle Anbieter ist gerade für Jugendliche sehr wichtig, so ist z. B. wissenschaftlich unstrittig, dass der plötzliche Herztod in Deutschland vielfach deswegen auftritt, weil keine fachlich angemessene rechtzeitige Erste Hilfe durch Laien erfolgt. Neben einer geeigneten Ausbildung der Lehrer ist es sinnvoll und erforderlich, wenn Jugendliche bereits in jungen Jahren lernen, bei medizinischen lebensbedrohlichen Notfällen aus der Anonymität herauszutreten und selbst initiativ zu werden, indem sie erlernte Kenntnisse und Fähigkeiten anwenden.

Zur Förderung dieser Säule des Bevölkerungsschutzes und des ersten notwendigen Gliedes der Rettungskette hat das Bundesministerium des Inneren (BMI) ein Förderprogramm für die Ausbildung von Jugendlichen im Alter von 10 bis 16 Jahren in der Zeit von 2005 bis 2007 aufgelegt.

Das hierzu erforderliche öffentliche Ausschreibungsverfahren über die Auswahl der ausbildenden Organisationen durch das BMI ist zwar noch nicht endgültig abgeschlossen, es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass ab Januar 2005 entsprechende Fördermittel auch für die Ausbildung Bremer Schüler zur Verfügung stehen.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

1. Der Senat wird aufgefordert, bis Januar 2005 ein Konzept zur Erste-Hilfe-Ausbildung in Schulen des Landes Bremen vorzulegen und aufzulisten, durch wen und wann diese durch das BMI geförderte Ausbildung in den Schulen umgesetzt werden kann, bzw. welche weiteren Ausbildungsmöglichkeiten für Schüler zur Verfügung stehen.
2. Der Senat wird gebeten, unter Beteiligung der regionalen Gliederungen der in der Bundesarbeitsgemeinschaft Erste Hilfe zusammengeschlossenen Ausbildungsorganisationen, eine Veranstaltung für die Öffentlichkeit im Laufe des Jahres 2005 zu initiieren, um die Inhalte und Notwendigkeit der Ersten-Hilfe-Ausbildung noch stärker zu transportieren.
3. Der Senat wird aufgefordert, der Bürgerschaft (Landtag) erste Ergebnisse der Schulungen bis zum 31. Dezember 2005 vorzulegen. Im Übrigen sollen die betroffenen Deputationen fortlaufend über den Fortgang der Projektarbeit informiert werden.

Dr. Rita Mohr-Lüllmann, Claas Rohmeyer,
Jörg Kastendiek und Fraktion der CDU

Ulrike Hövelmann, Björn Tschöpe,
Jens Böhrnsen und Fraktion der SPD

Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen